

## Sitzungsniederschrift

### 2. Sitzung des Ausschusses für Migration und Integration und 32. Sitzung des Finanzausschusses (gemeinsame Sitzung)

Sitzungsort: <b>Landkreis Aurich, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich (Raum 1.106)</b>		
Sitzungsdatum: <b>15.09.2015</b>	Sitzungsbeginn: <b>14:00 Uhr</b>	Sitzungsende: <b>17:00 Uhr</b>

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
<b>Vorsitz</b>		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
<b>Mitglieder</b>		
Agena, Garrelt	GRÜNE	
Akkermann, Hermann	SPD	
Altmann, Gila	GRÜNE	
Behrens, Sven	CDU	Vertretung für Herrn Udo Weilage
Carow, Johanne	FW	
Dirksen, Dieter	CDU	
Forster, Hans	SPD	
Gossel, Arnold	CDU	
Griesel, Sigrid	GFA	
Harms, Antje	SPD	
Hasbach, Bernd	SPD	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleen, Barbara	SPD	
Odens, Roelf	CDU	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Sell, Erwin	SPD	
Sievers, Wolfgang	FDP	
Strömer, Wilhelm	FW	

---

Thiele, Otto	SPD
--------------	-----

---

Wolters, Hayo	CDU
---------------	-----

---

**Beratende Mitglieder**

---

Eggert, Burghard	Asylkreis Norden
------------------	------------------

---

Tobiassen, Bernd	Flüchtlingsbeauftragter
------------------	-------------------------

---

Wendt, Helmut	Asylkreis Aurich
---------------	------------------

---

**Verwaltung**

---

Akkermann, Herbert

---

Bartelt, Klaus-Georg

---

Dauids, Korwin

---

Gronewold, Heinz

---

Martens, Frank

---

Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
--------------------	-----------------

---

Saathoff, Irene

---

Weber, Harm-Uwe	Landrat
-----------------	---------

---

**Nicht anwesend:**

**Mitglieder**

---

Siebels, Wiard	SPD
----------------	-----

---

Weilage, Udo	CDU
--------------	-----

---

**Grundmandat**

---

Roß, Jan	DIE LINKE.
----------	------------

---

**Verwaltung**

---

Hanekamp, Nicole

---

## Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 
1. Eröffnung der Sitzung
  2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
  3. Feststellung der Tagesordnung
  4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20.07.2015 - öffentlicher Teil -
  5. Einwohnerfragestunde
-

6. Antrag der SPD-Fraktion vom 20.07.2015; Erweiterung des Ausschusses für Migration und Integration  
Vorlage: VIII-AF/2015/025

---

7. Bericht über die aktuelle Flüchtlingssituation

---

8. Anpassung des von der Kreisvolkshochschule erarbeiteten Integrationskonzeptes

---

9. Bericht zur Unterbringungssituation unter Einbeziehung etwaiger Notunterkünfte

---

- 9.1. Antrag der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.09.2015; Antrag zur Prüfung der Verfügbarkeit der Kaserne  
Vorlage: VIII-AF/2015/027

---

10. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: (Änderungs-) Antrag zur Vorlage der Verwaltung zur geplanten Beschlussfassung über die Unterbringung von Flüchtlingen für die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung  
Vorlage: VIII-AF/2015/016

---

11. Unterbringung von Flüchtlingen  
Vorlage: VIII-MV/2015/012

---

12. Übernahme von einer Ausfallbürgschaft für einen Kredit der Kreisvolkshochschule Norden gGmbH  
Vorlage: VIII/2015/161-1

---

13. 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015  
Vorlage: VIII/2015/172-1

---

14. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

---

15. Einwohnerfragestunde

---

16. Schließung der Sitzung

---

### Öffentlicher Teil:

#### **TOP 1            Eröffnung der Sitzung**

Die Vorsitzende Kleinert eröffnet die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Migration und Integration sowie des Finanzausschusses um 14:00 Uhr und begrüßt alle Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, der Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer.

---

#### **TOP 2            Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Vorsitzende Kleinert stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Migration und Integration sowie des Finanzausschusses fest.

---

**TOP 3            Feststellung der Tagesordnung**

Die Vorsitzende Kleinert erklärt zur Tagesordnung, dass unter Punkt 6 der Antrag auf Erweiterung des Ausschusses für Migration und Integration besprochen werden soll. Die anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich jeweils um eine Nummer nach hinten. Die Tagesordnung wird dementsprechend angepasst.

---

**TOP 4            Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20.07.2015 -  
öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift vom 20.07.2015 wird genehmigt.

---

**TOP 5            Einwohnerfragestunde**

Während der Einwohnerfragestunde gibt es keine Wortmeldungen.

---

**TOP 6            Antrag der SPD-Fraktion vom 20.07.2015; Erweiterung des Aus-  
schusses für Migration und Integration  
Vorlage: VIII-AF/2015/025**

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

**Der Antrag auf Erweiterung des Ausschusses für Migration und Integration der SPD-Fraktion vom 20.07.2015 wird besprochen. Als zusätzlichen Sitz für Sozialarbeit soll Frau Elke Brönstrup mit aufgenommen werden.**

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 9            Nein-Stimmen: 0            Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 7            Bericht über die aktuelle Flüchtlingssituation**

Herr Christoffers berichtet über die aktuelle Flüchtlingssituation. Ursprünglich wurde eine Quote für die Zeit vom Dezember 2014 bis September 2015 von 850 Personen prognostiziert. Diese Quote wäre problemlos erfüllbar gewesen. Die Abgeordnete Griesel fragt, wie hoch die Gesamtzahl der angekommenen Personen ist. Herrn Christoffers erklärt, dass bis zum 31.08.2015 bereits 1.240 Personen zugewiesen wurden. Bis zum 31.01.2016 werden noch mindestens 1.233 Personen erwartet.

Die Abgeordnete Altmann möchte wissen, ob es Zahlen zu Abwanderungen gebe. Daraufhin erklärt Herr Christoffers, dass es keine konkreten Zahlen gibt und diese auch nicht ermittelbar sind. Einige Personen erhalten nach Genehmigung des Asylantrages Arbeitslosengeld II, einige Personen ziehen weg. Diese Umzüge werden jedoch nicht immer bei den Meldeämtern bzw. beim Landkreis Aurich mitgeteilt. Erster



Kreisrat Dr. Puchert macht deutlich, dass ein relevanter Teil von Flüchtlingen in Gruppen in Ballungszentren zu verzeichnen ist. Valide Daten hierzu gibt es jedoch nicht.

Abgeordneter Forster fragt, ob sich die Zahl von 1.233 Personen bis zum 31.01.2016 erhöhen könnte. Herr Christoffers informiert den Ausschuss darüber, dass eine neue Quote vorher möglich sei. Der Landkreis Aurich geht jedoch bisher von der aktuell bekannten Quote von 1.233 Personen aus.

Herr Christoffers macht deutlich, dass Personen, die erneut einreisen und in den Landkreis Aurich gesandt werden, nicht erneut auf die Quote angerechnet werden.

---

**TOP 8**                    **Anpassung des von der Kreisvolkshochschule erarbeiteten Integrationskonzeptes**

Herr Uwe Mittwollen von der Kreisvolkshochschule in Norden konkretisiert das von der KVHS erarbeitete Integrationskonzept. Ergänzend erklärt er, dass das Sprachangebot verdoppelt und auch „aufs Land“ gebracht wird. U. a. in der Krummhörn, Großheide, Großefehn und Brookmerland. Weiterhin hat die Gleichstellungsbeauftragte einen Sprachkurs für Frauen organisiert. Dieser wird durch die KVHS finanziert. Hierüber können auch Sprachniveaustufen nach dem gemeinsamen europäischen Referenzrahmen erworben werden.

Die KHVS beabsichtigt, die Wohnbegleitung in Abstimmung mit dem Sozialamt zu verdoppeln oder zumindest aufzustocken. Neue Wohnungen sollen gemeinsam von der KVHS und dem Sozialamt begutachtet sowie hergerichtet werden. Hierzu sollen die Flüchtlinge mit einbezogen werden. Herr Mittwollen verdeutlicht, dass zunächst die Sprache erlernt werden muss, anschließend könne dann ein „JobCoaching“ erfolgen.

Die Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel regt an, dass die Sprachkurse auch von privaten Firmen übernommen werden könnten (z. B. dem Europahaus). Herr Manfred Wilts (KVHS) verdeutlicht, dass keine Überlegungen zum „Outsourcen“ angestellt werden sollten, zumindest nicht in der aktuellen Situation.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erklärt, dass der Landkreis seine Aufgaben insgesamt selbst übernehmen kann, insbesondere durch eigene Einrichtungen wie die Kreisvolkshochschule. Der Abgeordnete Wolters unterstützt die Kreisvolkshochschule. Die Sprachförderung sei wichtig. Diese sollte von der KVHS erfolgen, wenn dort keine Kapazitäten mehr frei sind, sollten fremde Unternehmen beauftragt werden.

Herr Wendt fragt, wie die Sprachangebote auf dem Land den Flüchtlingen bekanntgegeben werden sollen. Herr Mittwollen erläutert, dass die KVHS bereits Flyer in vier Sprachen erstellt hat. Weiterhin soll eine Veröffentlichung in den Tageszeitungen erfolgen. Ebenfalls existiert eine zentrale Datenbank bei der KVHS, sodass Flüchtlinge von dort gezielt angesprochen werden können.

Es wird von Herrn Wendt angeregt, die Flüchtlingskreise gemeinsam mit der KVHS zu koordinieren.

Die Abgeordnete Altmann fragt, warum die Gemeinden laut Zeitung ihre Einbeziehung beklagen. Erster Kreisrat Dr. Puchert macht entgegen der Berichterstattung



über die Zeitung deutlich, dass die Gemeinden mehr Informationen bekommen würden, als dort angegeben sei. Am 11. September 2015 wurde überdies zu einer Sitzung der Hauptverwaltungsbeamten bezüglich der Flüchtlingsthematik für den 18. September 2015 eingeladen. Evtl. sollen die Aufgaben an die Gemeinden verteilt werden. Hierzu wurde ein erster Entwurf für eine entsprechende Vereinbarung erarbeitet. Der Landkreis beabsichtigt, die Zusammenarbeit mit den Gemeinden beim Thema „Flüchtlinge“ zu optimieren.

Abgeordneter Behrends macht deutlich, dass es hauptamtliche Strukturen zur Entlastung der Ehrenamtlichen geben sollte.

Der Abgeordnete Wolters fragt den Ersten Kreisrat Dr. Puchert, wie die Bevölkerung über die aktuelle Lage informiert wird. Die Akzeptanz in der Bevölkerung wird ohne entsprechende Informationspolitik sinken.

Der Vorsitzende Thiele zeigt auf, dass wir miteinander anpacken sollten. Die Hilfsbereitschaft sowohl in der Bevölkerung, als auch bei der Verwaltung sei enorm. Der Abgeordnete Strömer regte an, dass die Bauhöfe der Städte und Gemeinden evtl. kleinere Reparaturen durchführen könnten.

---

**TOP 9**                    **Bericht zur Unterbringungssituation unter Einbeziehung etwaiger Notunterkünfte**

Herr Christoffers erklärte, dass die Wohnungsangebote derzeit kaum prüfbar sind. Es wurden 120 neue Wohnungen gemeldet. Die Kreisvolkshochschule hilft bei der Besichtigung und bei der Ausstattung der Wohnungen. Erster Kreisrat Dr. Puchert erläutert, dass derzeit 20-25 Personen pro Woche untergebracht werden. Dies solle auf 70-80 Personen pro Woche erhöht werden, damit keine Notunterkünfte benötigt werden. Die Abgeordnete Altmann fragt daraufhin, ob die Unterbringung auch ohne „Großinvestoren“ umzusetzen sei. Daraufhin stellt der Erste Kreisrat Dr. Puchert klar, dass die Wohnungen nach den Standards gemietet/gekauft werden, es wird nicht nach Vermietern entschieden.

Der Abgeordnete Strömer fragt, ob die Unterbringung mit Familienanschluss grundsätzlich möglich sei. Herr Christoffers bejaht dies, jedoch sei das nicht die Regel. Daraufhin fragt Herr Wendt, ob ein Wechsel der Wohnung möglich sei, wenn eine andere Wohnung mit höheren Standards vorhanden sei.

Herr Akkermann vom technischen Gebäudemanagement vom Landkreis Aurich erläutert, dass gemeinsam mit dem Bau- und dem Sozialamt in zwei Wochen mehrere Gebäude überprüft werden. Hierzu stellt er folgende Daten vor:

1. Pewsum – ehemalige JAG-Außenstelle
2. Moordorf – ehemalige Grundschule
3. Moordorf – ehemalige Waldorfschule
4. KVHS Aurich
5. KVHS Norden
6. Wiegboldsburg/Südbrookmerland – ehemalige Grundschule
7. Naturschutzstation Lübbertsfehn – Remise
8. Feuerwehrtechnische Zentrale Georgsheil – Ausbildungsbereich
9. Utlandshörn – Gelände vom ehem. Radio Norddeich



- 10. Ostfrieslandhaus
- 11. Bürohaus Bultmann

Der Erste Kreisrat Dr. Puchert erklärt, dass es viele Unterkünfte auf der Liste gäbe, die derzeit nicht realisierbar seien.

Es wird vom Abgeordneten Strömer gefragt, ob die Kaserne in Betracht gezogen werden könnte. Erster Kreisrat Dr. Puchert stellt klar, dass das Land Niedersachsen die Kaserne als mögliche Not- und Behelfsunterkunft in Betracht zieht. Hierzu erfolgte bereits eine Besichtigung durch das MI. Die Versorgung der Flüchtlinge in der Kaserne soll dann über eine Hilfsorganisation (DRK, THW, JUH etc.) erfolgen: Die Verantwortung liegt jedoch beim Land Niedersachsen. Hier muss die Entscheidung des Landes Niedersachsen zunächst abgewartet werden.

---

**TOP 9.1**            **Antrag der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.09.2015; Antrag zur Prüfung der Verfügbarkeit der Kaserne**  
**Vorlage: VIII-AF/2015/027**

Die Abgeordnete Altmann teilt mit, dass der erste Antrag der Bündnis 90/Die Grünen überholt ist. Deswegen wurde ein Änderungsantrag gestellt. Sie erklärt weiterhin, dass Bündnis 90/Die Grünen eine Anfrage beim Bund wegen der Finanzierung der Sanierungskosten für die Kaserne in Aurich gestellt haben. Sie erläutert, dass bei Erstellung einer Notunterkunft für 500 Personen in der Kaserne durch das Land Niedersachsen eine Koordinierung erfolgen muss. Es sollte eine Verknüpfung zwischen dem Landkreis Aurich, dem Land Niedersachsen und der Integrationsarbeit erfolgen.

Erster Kreisrat Dr. Puchert stellt klar, dass die Leistungsfähigkeit der Verwaltung gewährleistet bleiben muss. Dies bisherigen Aufgabenschwerpunkte sind in Frage stellt; es erfolgten bereits kurzfristige Umsetzungen von Mitarbeitern.

Die Vorsitzende Kleinert schlägt vor, den Antrag für erledigt zu erklären, sofern das Land Niedersachsen die Kaserne übernimmt.

---

**TOP 10**            **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: (Änderungs-) Antrag zur Vorlage der Verwaltung zur geplanten Beschlussfassung über die Unterbringung von Flüchtlingen für die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**  
**Vorlage: VIII-AF/2015/016**

Die Abgeordnete Altmann regt an auf, dass der Landkreis Aurich prüfen soll, eine Wohnungsbaugesellschaft für Sozialbau zu gründen bzw. kaufen, sofern der Haushalt das zulässt. Der Neubau von Häusern durch den Landkreis sei dauerhaft günstiger. Auch solle der Landkreis kaufen, das sei dauerhaft günstiger und die Standards in den Wohnungen könnten entsprechend angepasst werden.

Das Konzept der Kreisvolkshochschule kostet laut Abgeordnete Griesel viel Geld, sie fragt, ob die Zahlen stimmen. Neue Notunterkünfte für ca. 3,5 Millionen Euro bei der KVHS sind schon sehr viel.



Der Erste Kreisrat Dr. Puchert bittet darum, das Budget für Flüchtlinge um 2 Millionen Euro zu erhöhen, insbesondere wegen der Unberechenbarkeit der weiteren Entwicklung.

Der Finanzausschuss hätte laut Abgeordnete Jeromin-Oltmanns vorher tagen müssen, da der Landkreis hoch verschuldet sei. Sie möchte die finanzielle Situation erklärt haben. Sie weist ausdrücklich darauf hin, dass der Landkreis Aurich auch auf die Finanzen achten müsse.

Der Vorsitzende Thiele äußert seine Bedenken gegen den Antrag. Die Verwaltung ist bereits weit fortgeschritten. Der Antrag sollte zurückgestellt werden.

Am Antrag sind laut der Abgeordneten Altmann viele Bereiche bereits erledigt. Der Landkreis soll jedoch prüfen, ob eine Wohnungsbaugesellschaft betrieben werden kann.

Die Abgeordnete Griesel erklärt, dass eine gemeinsame Sitzung mit dem Finanzausschuss und dem Ausschuss für Migration und Integration schlecht sei.

Die Kreisvolkshochschule erläutert ihr „fünf-Säulen-Konzept“. Hierin sind u. a. der Bau von Wohnungen, das Inventar sowie die Betreuung der Flüchtlinge enthalten.

Landrat Weber und Frau Saathoff (Kämmerei) erklären gemeinsam, dass der Haushalt in diesem Jahr vermutlich ausgeglichen abgeschlossen wird.

Nach Aussage von Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel wird mehr Zeit, bis die Gebäude stehen. Sie fragt, wie die Flüchtlinge den Wohnungen zugewiesen werden sollen. Sie erklärt, dass wir nachhaltig und sicher entscheiden müssen.

Abgeordnete Altmann konkretisiert, dass der Antrag ein Alternativkonzept zum Konzept der Kreisvolkshochschule ist.

Abgeordneter Odens erklärt, dass der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen unnötig sei, da die Verwaltung in die richtige Richtung arbeitet. Er wundert sich, dass das Konzept der KVHS in Frage gestellt wird. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass jetzt entschieden werden muss. Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen wird nicht unterstützt.

Nach Ansicht vom Abgeordneten Forster handelt sich bei dem Antrag der Bündnis 90/Die Grünen um einen Gegenantrag zum Konzept der KVHS. Er sieht den Antrag als erledigt an, da über das Konzept der KVHS bereits vor 2-2,5 Monaten beschlossen wurde.

Es soll nach dem Abgeordneten Sell jetzt über den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen abgestimmt werden. Es wird über den Antrag abgestimmt.

**Der Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen vom 06.09.2015 zur Vorlage der Verwaltung zur geplanten Beschlussfassung über die Unterbringung von Flüchtlingen für die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung wird abgelehnt.**

Abstimmungsergebnis:





Ja-Stimmen: 1      Nein-Stimmen: 6      Enthaltungen: 1      **mehrheitlich  
abgelehnt**

---

**TOP 11**      **Unterbringung von Flüchtlingen**  
**Vorlage: VIII-MV/2015/012**

Es wird über die Unterbringung von Flüchtlingen abgestimmt.

**Es wird mit vier Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen dafür gestimmt.**

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 4      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 2  
➔ **mehrheitlich beschlossen**

---

**TOP 12**      **Übernahme von einer Ausfallbürgschaft für einen Kredit der  
Kreisvolkshochschule Norden gGmbH**  
**Vorlage: VIII/2015/161-1**

Frau Saathoff erläutert den Antrag auf Übernahme einer Ausfallbürgschaft für einen Kredit der Kreisvolkshochschule Norden gGmbH. Der Vorsitzende Thiele lässt hierüber abstimmen.

**Der Antrag auf Übernahme der Ausfallbürgschaft für einen Kredit der Kreisvolkshochschule Norden gGmbH wird mehrheitlich bewilligt.**

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 6      Nein-Stimmen: 2      Enthaltungen: 0  
➔ **mehrheitlich beschlossen**

---

**TOP 13**      **1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015**  
**Vorlage: VIII/2015/172-1**

Frau Saathoff stellt die erste Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 vor. Es sollte eine Sicherungssumme von zwei Millionen Euro im investiven Bereich beschlossen werden. Ob und wie der Betrag tatsächlich vollständig benötigt wird, sollte im Einzelnen beschlossen werden. Frau Saathoff erläutert, dass auf eine Änderung des Ergebnishaushalts verzichtet wird. Der Haushalt wird dennoch voraussichtlich ausgeglichen sein.

Landrat Weber erläutert, dass die Erstattungssumme vom Finanzministerium für die Vorauszahlung 2016 vermutlich steigen wird. Die Abgeordnete Griesel fragt, ob wir die gesamte Summe benötigen. Landrat Weber macht daraufhin deutlich, dass das Sozialamt bereits am Jahresanfang mehr eingeplant hat.

Es wird durch Frau Saathoff ausgeführt, dass der Stellenplan Änderungen aufweist. Für das Amt 50 sollen acht und für das Amt 32 sollen zwei neue Stellen geschaffen werden.

Die Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel äußert ihre Bedenken, da der Personalausschuss hierzu nicht beteiligt wurde. Der Landrat Weber führt aus, dass ohne neuen Stellenplan keine Nachbesetzung erfolgen kann. Der Abgeordnete Strömer fordert den Ersten Kreisrat Dr. Puchert auf, zusätzliches Personal aus dem Hause zu beschaffen. Dieser erklärt, dass das Personalamt bereits kurzfristige Umsetzungen durchgeführt hat. Diese Stellen müssen jedoch nachbesetzt werden.

Die Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel fragt, ob Frau Saathoff die Finanzen einmal im Hinblick auf die Unterbringung von Flüchtlingen über die KVHS und einmal im Hinblick auf private Unterbringung erläutern kann. Die Ausgaben sind laut Mitteilung von Landrat Weber gleich, die Kredite müssen beschafft werden.

**Die 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2015 wird in der vorgelegten Form beschlossen.**

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 4      Nein-Stimmen: 2      Enthaltungen: 4

➔ **mehrheitlich beschlossen**

---

#### **TOP 14      Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Die Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel fragt, wann die nächste Finanzausschusssitzung stattfinden soll. Frau Saathoff bittet darum, dass die nächste Sitzung ausfallen soll, da keine Themen zur Besprechung vorhanden sind.

---

#### **TOP 15      Einwohnerfragestunde**

Frau Heidi Eggert aus Norden fragt, ob die Einrichtung eines öffentlichen Nahverkehrs möglich ist, damit die Flüchtlinge auch Arztbesuche und Behördengänge wahrnehmen können. Erster Kreisrat Dr. Puchert führt hierzu aus, dass die Betroffenen dies eigenverantwortlich entscheiden müssen.

Weiterhin möchte Frau Eggert wissen, ob es bei der Unterbringung in Übergangslösungen (z. B. Grundschulen) eine Prüfung durch das Gesundheitsamt erfolgen wird, insbesondere im Hinblick auf Frischwasserqualität. Erster Kreisrat Dr. Puchert erklärt, dass das Gesundheitsamt involviert sei.

---

**TOP 16**      **Schließung der Sitzung**

Der Vorsitzende Thiele schließt die Sitzung um 17:00 Uhr.

---

---

gez. Kleinert  
Vorsitzende

---

gez. Davids  
Protokollführer

